



## NABU: Quantitative Zielstellung und Einbettung in eine Kreislaufwirtschaftsstrategie fehlen

### NABU-Kurzstellungnahme zur Fortschreibung des Abfallvermeidungsprogramms des Bundes unter Beteiligung der Länder (Entwurf der Fortschreibung vom 9. Juni 2020)



*Der NABU, Naturschutzbund Deutschland e.V., vereinigt 770.000 Mitglieder und Fördernde und ist damit der größte Naturschutz- und Umweltverband in Deutschland. Als zivilgesellschaftliche Organisation begleitet er Politik und Gesetzgebung zur Ressourcenschonung konstruktiv, um eine suffiziente, konsistente und effiziente Wirtschafts- und Lebensweise zu erreichen, die den Erhalt der Biodiversität, den Klimaschutz und die Verfügbarkeit aller natürlichen Ressourcen für nachfolgende Generationen und für den globalen Süden sicherstellt.*

Der NABU begrüßt die Fortführung des Abfallvermeidungsprogramms der Bundesregierung in Abstimmung mit den Bundesländern. Eine Abfallprogrammatik ist dringend nötig, da der ersten Stufe der Abfallhierarchie nicht die politische Priorität zugestanden wird, die sie aus Gründen des Umwelt- und Ressourcenschutzes verdient. Der Rohstoffkonsum Deutschlands ist fast doppelt so hoch wie im weltweiten Durchschnitt, was den Handlungsdruck noch steigert.

Der NABU hält jedoch an seiner bereits beim ersten Abfallvermeidungsprogramm geäußerten Kritik fest, dass das Programm lediglich eine Zusammenfassung etablierter Ideen aus Wirtschaft, Verwaltung und Bevölkerung darstellt. Durch diese bloße Aneinanderreihung von Handlungsvorschlägen und Beispielprojekten werden Verantwortungen nur unverbindlich zugewiesen. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass das Abfallaufkommen auch in den kommenden Jahren weiterhin nicht sinken wird.

Nach wie vor mangelt es an einer programmatischen Linie mit einem klaren Zielkorridor und der Entwicklung und Priorisierung von Maßnahmen. Der vorliegende Entwurf des Abfallvermeidungsprogramms bleibt weiterhin die Antwort schuldig, wie die Bundesregierung plant, die Abfallmengen absolut zu senken.

Das Grundproblem liegt darin, dass durch ein fehlendes verbindliches Abfallvermeidungsziel im Kreislaufwirtschaftsgesetz die bloße Zusammenstellung von Abfallvermeidungsmaßnahmen ohne Verpflichtung oder Sanktionsdruck keine ausreichende Wirkung für die Entkopplung der Wirtschaftsaktivitäten vom Abfallaufkommen entfallen kann. Die Abfallbilanzen belegen, dass die Reduktion der relativen Abfallintensität keinesfalls mit einem absoluten Rückgang des Abfallaufkommens einhergeht.

#### Kontakt

##### NABU Bundesverband

Leiterin Team Ressourcenpolitik

Tel. [REDACTED]

Fax [REDACTED]

Referent Kreislaufwirtschaft

Tel. [REDACTED]

Fax [REDACTED]

Referent Umweltpolitik

Tel. [REDACTED]

Fax [REDACTED]

24.07.2020

**Der NABU fordert daher, die Menge der Gewerbe- und Siedlungsabfälle pro Einwohner bis 2030 um jährlich fünf Prozent zu senken.** Dieses Abfallvermeidungsziel nimmt alle Akteure in die Pflicht und dient als Basis für die Entwicklung und Etablierung konkreter und verbindlicher Maßnahmen zur Reduzierung des Abfallaufkommens. Andere EU-Staaten wie Frankreich machen es bereits vor und haben eine Reduktion der pro Kopf produzierten Menge an Siedlungsabfällen beschlossen. Auch Deutschland muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Weiterhin bedarf es einer koordinierten Kreislaufwirtschaftspolitik, welche die relativ frei schwebenden und wenig verzahnten Einzelstrategien der Bundesregierung zusammenführt. So sind die verschiedenen Strategien der Bundesregierung (Rohstoffstrategie, Programm Ressourceneffizienz, nachhaltiger Konsum, Reduzierung von Lebensmittelabfällen) wichtig, es fehlt aber an einem übergeordneten Plan, der diese Strategien miteinander verknüpft, priorisiert und an dem generellen Ziel eines absolut zu senkenden Rohstoffverbrauchs ausrichtet.

**Der NABU schlägt daher vor, die Strategien in einer deutschen Kreislaufwirtschaftsstrategie zusammenzuführen, die verbindliche Vorgaben für ein ressourcenschonendes und abfallarmes Kreislaufwirtschaften etabliert.** Ziel muss es dabei sein, die bisherige Trennlinie zwischen Produkt- und Abfallpolitik aufzuheben und einen stärkeren Fokus auf eine kreislauforientierte Rohstoff- und Produktpolitik zu lenken.